

## **Jenseits der SPD?**

### **Verlassen von ihren Genossen suchen die Gewerkschaften nach neuen politischen Partnern. Teil I: Zwischen Betrieb und Parlament**

Die Montagsdemonstrationen sind eine ostdeutsche Angelegenheit. Über die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik wird jedoch nicht zwischen Oder und Elbe entschieden. Entscheidend dafür ist die politische Lage unter den abhängig Beschäftigten in den alten Ländern mit ihrer eigenen Geschichte und ihren besonderen Problemen. Dort hat sich in den letzten zwei Jahren die Stimmung polarisiert: Neben weit verbreitete Resignation und Anpassung angesichts des Rückbaus des Sozialstaates tritt vermehrt eine rigorose Ablehnung der »sozialdemokratischen« Politik. Teil dieser Entwicklung ist die öffentliche Konfrontation zwischen der SPD und den Gewerkschaften.

Die Einzelgewerkschaften und ihr DGB hatten noch 2002 der Bundesregierung die nötige Unterstützung zur knappen Wiederwahl gegeben. Die Enttäuschung großer Teile des Bürgertums über den ausgebliebenen Wahlsieg von Edmund Stoiber (CSU) machte sich damals in einer kurzen, heftigen Kampagne Luft. Seitdem ist klar, daß die zusätzlichen Belastungen der Arbeiterklasse durch keine, auch keine nur symbolische Belastung der Bourgeoisie begleitet sein wird. Die Sozialdemokratie war mit den Ankündigungen der »Hartz-Kommission« in den letzten Bundestagswahlkampf gezogen, und die »Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe« bildete von Anfang an einen integralen Bestandteil des »Hartz-Konzepts«. Erst die massive Absenkung von der Arbeitslosenhilfe zum »Arbeitslosengeld II« schafft den ökonomischen Druck, welcher die bisher schon eingeführten Pseudoalternativen vom Minijob über die Leiharbeit bis zur Ich-AG endlich als »Ausweg« erscheinen läßt. Anfangs aus taktischen Gründen zurückgestellt, wird diese Enteignung der Erwerbslosen einen Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt erzeugen, wie ihn die Beschäftigten, die Belegschaften und die Gewerkschaften noch nicht gekannt haben. Den entscheidenden Schock aber erlitten die Gewerkschaften erst mit den Angriffen auf die Tarifautonomie in der »Agenda 2010«. Daraufhin erfolgten zunächst die halbherzige Mobilisierung zu Protesten im Mai 2003, dann die Tolerierung und lokale Unterstützung der Demonstration vom 1. November und schließlich die massive gewerkschaftliche Mobilisierung zu den Demonstrationen am 3. April 2004.

### ***Entfremdung seit Schmidt-Ära***

Schon vor 1982, in den letzten Jahren der Regierung Helmut Schmidt, war keine große Einigkeit unter den Reformisten in Partei und Gewerkschaft mehr zu erreichen gewesen. Die soziale und kulturelle Kluft zwischen den abhängig Beschäftigten in den Gewerkschaften und ihren Funktionären auf der einen Seite und der »gemeinwohlorientierten«, von mittleren und höheren Staatsangestellten dominierten SPD auf der anderen Seite wuchs. Der SPD-Stratege Fritz Scharpf hat dann 1986 seiner Partei ins Stammbuch geschrieben, daß angesichts der Flexibilisierung und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte für eine Belastung des Kapitals (»scheues Reh«) oder eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik kein Platz mehr sei. Nur Umverteilung unter den Beschäftigten (»Sozialismus in einer Klasse«) könne den Erniedrigten und Beleidigten Linderung verschaffen. Seine Ideen, von Oskar Lafontaine in die Gewerkschaften getragen, trafen seinerzeit auf heftigen Widerspruch. In Wirklichkeit entsprachen sie präzise den schon bestehenden Verhältnissen, wo durch eine solche Umverteilung die Sozialversicherungssysteme

finanziert werden. Nach dem Anschluß der DDR bestanden sie 1990 ff. eine Belastungsprobe nach der anderen, wenn auch unter Beschränkung des westdeutschen Reallohniveaus. Den Anpassungsdruck durch den Anschluß hatte die Bundesrepublik wieder Mitte der 90er Jahre verdaut, als parallel zum Rückgang der Investitionen in Neufünfland der Außenhandelsüberschuß alte Höhen erreichte und übertraf. Mit dem Slogan »Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft« trat die SPD 1998 die Regierung an. Dort demontiert die Partei seither die Lebensgrundlagen weiter Teile ihrer Mitglieder- und Wählerschaft und wird damit strukturell mehrheitsunfähig. Verlassen von ihren Genossen suchen die Gewerkschaften nach neuen politischen Partnern.

Zu diesem Zweck bietet sich die »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« an, die den Interessen der abhängig Beschäftigten wieder eine parlamentarische Vertretung schaffen will. Von »weitergehenden« Forderungen nehmen ihre Aktivisten bewußt Abstand und betonen den reformistischen Charakter ihres Vorhabens. Lange Zeit hatte die Linke geglaubt, solche »sozialpartnerschaftlichen« Vorstellungen wären Ausfluß einer besonderen historischen Situation, des langen Nachkriegsbooms, und würden mit der unausweichlich wieder zu Tage tretenden Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wieder verschwinden. Das Gegenteil ist der Fall. Trotz Massenarbeitslosigkeit, Stagnation der Realeinkommen seit Beginn der 1990er Jahre, verschärfter Arbeitshetze und dem offensichtlichen Fehlen einer positiven Zukunftsperspektive wollen die Kolleginnen und Kollegen vom gewohnten Reformismus nicht lassen. Gerade das stellt sie in den offenen Gegensatz zu einer SPD, die unter dem Wahlspruch von New Labour auch hierzulande der »produktiven Ungleichheit« zur Anerkennung verhelfen will: »Unequal, but fair«.

### **Wendepunkt Tarifautonomie**

Den entscheidenden Wendepunkt erlebte der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie im vergangenen Jahr, als die SPD mit der Agenda 2010 das spezifisch deutsche System der Lohnfindung, wie es sich über etwa 120 Jahre entwickelt hat, in Frage stellte.

In Deutschland ist das Ergebnis von Auseinandersetzungen über Arbeitszeiten und Entlohnung in der Regel ein Tarifvertrag, ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen Gewerkschaften und Unternehmervertretern. Streikrecht und Streiktradition sind in der Bundesrepublik auf tariffähige gewerkschaftliche Organisationen beschränkt. Unmittelbar gelten Tarifverträge auf der Seite der Beschäftigten auch nur für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder. Aber wo Tarif gezahlt wird, wird er auch für die Unorganisierten gezahlt, um keinen zusätzlichen Anreiz zum Eintritt in die Gewerkschaft zu geben. So gelten Tarifverträge für über 55 Prozent der Beschäftigten in der Bundesrepublik, und für weitere zirka 30 Prozent der Beschäftigten wird in den Arbeitsverträgen auf tarifvertragliche Regelungen Bezug genommen. Tatsächlich fließen in dem zentralen Begriff der »Tarifautonomie« alle Vorstellungen der heutigen deutschen Gewerkschaften von ihrem Platz in der Gesellschaft zusammen.

Spezifisch deutsch ist der hohe Grad an Vereinheitlichung in der Bildung sozialer Interessen auf der Ebene der verschiedenen Branchen. Ungeachtet der Losung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« kann es dabei je nach Branche in den verschiedenen Tarifverträgen für die gleiche Arbeit durchaus sehr unterschiedliche Tarifentgelte geben. Nur in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit ist es den Gewerkschaften gelungen, den Abstand zwischen den ökonomisch führenden und schwächeren Branchen zu vermindern. Zur Zeit gibt es in Deutschland zirka 60 000 Tarifverträge,

von denen jährlich 7 000 bis 8 000 neu abgeschlossen werden müssen. Der DGB-Begriff der »Einheitsgewerkschaft« bedeutet daher nicht, daß etwa übergreifende Lösungen und Solidarität organisiert würden. Die Tarifverträge sind Sache der Branchengewerkschaften, die auch die Mitglieder organisieren und die finanzielle Macht haben. Alle Versuche, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg starke einheitliche Gewerkschaftszentralen mit einheitlicher Mitgliedschaft über alle Branchen hinweg zu schaffen, sind gescheitert. So kann es eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nur in einem »höheren«, eher ideellen Sinne geben. Im Kerngeschäft der deutschen Gewerkschaften, der Tarifpolitik, gibt es sie nicht.

Eine Konsequenz des Tarifvertragswesens ist die Stärke der Apparate der Branchengewerkschaften. Die Ausbildung eines so komplizierten Geflechts vertraglicher Regelungen bedingte die Ausbildung einer arbeitsteiligen und qualifizierten Organisation von hauptamtlichen Funktionären, die wohl im Einzelfall austauschbar, als Gruppe aber unabdingbar sind. Gerne wird dieser Apparat mit dem Schimpfwort »Bürokratie« belegt. Damit werden seine Probleme allerdings eher verschleiert als erklärt. Denn anders als den Beamten der staatlichen Verwaltung oder den Bevollmächtigten privater Eigentümer in Unternehmen fehlen ihnen die klar definierten Kompetenzen und die Kommandogewalt über die Mitglieder. Im Gegenteil, sie haben nur Einfluß, insoweit ihre Basis »mobilisierungsfähig« ist und den Gewerkschaftsbeitrag bezahlt. Auch wenn manche Apparatschiks das Leben echter Bürokraten täuschend echt nachahmen: Als Bürokratie ist ein Gewerkschaftsapparat nicht überlebensfähig. Wo das vergessen wird, geht es schief.

Langfristig waren im deutschen System der Regulierung der Arbeitsbeziehungen für die abhängig Beschäftigten außerordentliche Erfolge möglich. Selbst unter den Bedingungen von langfristiger, struktureller Massenarbeitslosigkeit und verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt seit Mitte der 70er Jahre gelang es, bis Ende der 90er für die Mehrheit der Beschäftigten den Reallohn zu sichern und die Zunahme der Lohnspreizung zu bremsen. Damit blieb auch die Finanzgrundlage für die Sozialversicherungssysteme, für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung im wesentlichen intakt. Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur Abwehr von Arbeitsverdichtung oder zum Eingriff in die Verteilungsverhältnisse bot die Tarifpolitik jedoch nicht.

### **Kein staatsfreier Raum**

Nur der Theorie nach soll sich der Staat aus der Tarifpolitik heraushalten und höchstens die »Waffengleichheit« überwachen. Zwar hat die Exekutive direkt kaum Möglichkeiten zur Intervention, aber schon die Gerichte können mit ihren Entscheidungen wichtige Veränderungen im Kräfteverhältnis festschreiben, und die Legislative hat fast alle Möglichkeiten. Die heutige rechtliche Situation ist noch in hohem Maße durch das Kräfteverhältnis unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik geprägt. Wohl wurde damals der gesamtgesellschaftliche Neuordnungsanspruch der Gewerkschaften als unvereinbar mit der Entscheidung für den freien Westen zurückgewiesen. Das schloß aber Zugeständnisse ein. Das Tarifvertragswesen ist ein solches Zugeständnis, das sich lange Zeit auch aus Sicht der maßgeblichen Unternehmer bewährte.

Rechtlich beruht das Tarifvertragswesen auf der Koalitionsfreiheit zur »Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen« (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz), den Vorschriften des Tarifvertragsgesetzes und nicht zuletzt den Paragraphen 77 und 87

des Betriebsverfassungsgesetzes, in denen der Vorrang tarifvertraglicher Regelungen vor Betriebsvereinbarungen festgelegt ist. De facto geht die Abhängigkeit vom Gesetzgeber noch weiter. Denn die betrieblichen Strukturen, die die Umsetzung der Tarifverträge vor Ort realisieren, stützen sich in hohem Maße auf die Betriebsräte und Personalvertretungen. Diese bieten einen teilweisen Ersatz für ein tarifvertraglich kaum geregeltes Gebiet: Die unmittelbare Verausgabung der Arbeitskraft steht nach deutscher Tradition außerhalb des Regulierungsrahmens der Gewerkschaften. (Anderswo ist das durchaus anders.) Tätigkeitsbeschreibungen und Normvorgaben gehen sie nichts an, sie gelten hierzulande nicht als tarif- und damit streikfähig. Alle Versuche in dieser Richtung werden als Eingriff in die Direktionsmacht der Unternehmer bekämpft.

Nur die Arbeitszeit und Eingruppierungsfragen sind tarifvertraglich geregelt. Damit ist dem Druck auf die Beschäftigten und der Aushöhlung tariflicher Errungenschaften manches Tor geöffnet, ohne das die Gewerkschaften direkt zum Eingreifen berechtigt wären. In der Bresche stehen die Personalvertreter mit ihren Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechten, aber ohne daß Recht zum Arbeitskampf (Paragraph 74 BetrVG). Jede Regelung zur Betriebsratsarbeit betrifft also direkt die Durchsetzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Die aktiven Mitglieder der Gewerkschaften sind mehrheitlich in dieser Arbeit verankert. Vertrauensleutestrukturen – wo es sie gibt – sind eben schon aufgrund ihrer fehlenden gesetzlichen Rechte auf diesem Gebiet immer benachteiligt.

### **Unternehmerstrategien**

Die aktuellen Strategien der Unternehmer zur Optimierung der Belegschaften setzen gezielt an diesem schwächsten Kettenglied an. Die Vermarktlichung der Herrschaftsbeziehungen im Betrieb entzieht die Leistungsbeurteilung den internen Kontrollmöglichkeiten der Kollegen und der Belegschaftsvertreter. Diese Strategien setzen Leistung mit Markterfolg gleich und übertragen die Sorge um den Arbeitsaufwand den Beschäftigten, die schon irgendwie zurechtkommen müssen. Damit wird ein Teil des Geschäftsrisikos direkt auf die Beschäftigten übertragen und der tarifvertragliche Regelungsbereich unterlaufen. Die Basis einer Tarifpolitik, mit der sich die Gewerkschaften als kompetente Dienstleister für soziale Fragen eingerichtet hatten, wird kleiner bzw. ausgehöhlt.

Es erweitern sich aber auch die Möglichkeiten für den Widerstand einzelner Beschäftigtengruppen. Das Interesse der Unternehmen an Einbindung und Ausgrenzung ihrer Mitarbeiter bleibt selektiv. Auf keinen Fall wollen sie auf Friedenspflicht und die hochregulierten Streikvoraussetzungen des deutschen Modells verzichten. Dazu brauchen sie die Gewerkschaften, auch heute. Und was die Gewerkschaften nicht von sich aus geben, dazu sollen sie erpreßt werden, zum höheren Ruhme der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, dem also, was »die Wirtschaft« für das Allgemeinwohl hält. Neben den wirtschaftlichen Druck tritt dabei der politische, die Drohung mit Gesetzesänderungen. Die Sehnsucht deutscher Gewerkschafter nach Partnern im Parlament hat einen praktischen Grund.

\* Montag: Die Wahlalternative

## **Die Wahlalternative**

### **Verlassen von ihren Genossen suchen die Gewerkschaften nach neuen politischen Partnern. Teil II und Schluß: Die Grenzen eines sich selbst beschränkenden Reformismus**

Mit dem Godesberger Programm, der Wende von 1959, wollte die SPD eine »Volkspartei« und als solche für breite Schichten wählbar werden. Nachdem 1948 mit der Währungsreform in Westdeutschland wieder geordnete bürgerliche Verhältnisse hergestellt waren, hatte die SPD bei bundesweiten Wahlen kaum mehr als 30 Prozent der Stimmen erreicht. Nun verabschiedete sie sich vom Image einer »Arbeiterpartei«, einer bornierten »Vertretung der Interessen nur einer Schicht des deutschen Volkes« (Willy Brandt 1961), und traf mit ihrem Vorhaben bei den Gewerkschaften nicht auf Widerspruch. Seit dem Bankrott seiner wirtschaftspolitischen Neuordnungsansprüche verstand sich der DGB nur mehr als Vertreter berechtigter Gruppeninteressen, der nur einen Teil der Gesellschaft repräsentiert und weder den Unternehmern noch »dem Gesetzgeber« ins Handwerk pfuschen will.

Godesberg ist lange her. Heute befindet sich die SPD nach sechs Jahren Koalition mit den Grünen wieder im »Turm der 30 Prozent« – sowohl bundesweit als auch in ihren Hochburgen wie Nordrhein-Westfalen. Zum ersten Mal seit über 25 Jahren bilden sich in Westdeutschland, hier und da auch in Neufünfland, aktive Gruppen, die eine andere, konsequentere Vertretung der Interessen abhängig Beschäftigter auf der politischen Bühne herstellen wollen. Eine politische Alternative soll einen Platz füllen, den SPD und PDS auf dem Weg nach rechts geräumt haben.

### **Wie Wunschzettel zu Weihnachten**

Allerdings, nicht ein Neuanfang der Arbeiterbewegung soll geschaffen werden oder gar eine neue linkssozialistische Formation, sondern im Namen des politischen Realismus ein bewußt reformistisches Projekt ohne systemgefährdende Ambitionen. Es wird nicht einmal ein Anspruch auf eine »Demokratisierung des Wirtschaftslebens« erhoben, obgleich immer mehr Geschäftsrisiken auf die Beschäftigten abgeschoben werden. Das Privateigentum bleibt unantastbar und mit ihm das Direktionsrecht der Eigentümer. In der Wirtschaft gibt es keine Demokratie. Nur daneben, in der Politik, soll es eine funktionierende Demokratie geben, die »der Wirtschaft« Grenzen setzt. Im Verständnis der deutschen Öffentlichkeit besteht Politik entscheidend im Kampf um die Beeinflussung der bevollmächtigten Apparate. Und die herrschende Vorstellung von staatlicher Machtausübung ist die Unterschriftsleistung des zuständigen Beamten, streng im Rahmen der Gesetze.

Zum Zwecke besserer Gesetze kombinieren die Initiatoren die Empörung über den Sozialabbau mit der Krisendiagnose »Nachfrageschwäche« der Memorandum-Gruppe und einigen offensichtlichen Mängeln der sozialen und öffentlichen Infrastruktur, um all dies dem weitgehenden Rückzug der Unternehmen und der besitzenden Klassen aus der Steuerfinanzierung des Staates gegenüberzustellen. Die Diagnose impliziert schon die Therapie: Stärkung der Steuereinnahmen, öffentliches Investitionsprogramm. Die Frage bleibt, ob solches Vorgehen tatsächlich realistisch ist. Eine öffentliche Kreditaufnahme setzt das Einverständnis der Kreditgeber voraus, die sich die Benutzung ihrer Geldmittel zudem teuer bezahlen lassen. Und eine Steuererhöhung für die Reichen ist nichts als eine Enteignung von mühsam erworbenen Früchten der Ausbeutung und der Konkurrenz. Der Widerstand der

besitzenden Klassen müßte einkalkuliert werden. Das geschieht aber nicht. Kein Wort findet sich in den Programmpapieren der Wahlalternative über den Weg, auf dem ihre menschenfreundlichen Absichten realisiert werden könnten. Sie sehen daher alle aus wie Wunschzettel zu Weihnachten, die man nicht zu unbescheiden ausfüllt, damit die Eltern nicht aus Empörung nur die Hälfte kaufen.

Tatsächlich ist der sich selbst beschränkende Reformismus der Wahlalternative ein Versuch, die bundesdeutsche Nachkriegsarbeiterbewegung mit anderen Mitteln fortzusetzen. Gerade als solcher ist er auch für enttäuschte Anhänger des östlichen Staatssozialismus attraktiv. Subjektiv wird der Verzicht auf revolutionäre Ansprüche in beiden Fällen als Entlastung empfunden. Die neuen Gruppen stützen sich auf gegenseitiges Interesse und eine Zusammenarbeit zwischen der »globalisierungskritischen« Bewegung und den Gewerkschaften, das auf beiden Seiten von einem wesentlichen Teil der Aktiven getragen wird.

### ***Symbolischer Aktionismus***

Das »globalisierungskritische« Segment der Nichtregierungsorganisationen bildet aus sich heraus jedoch keine nachhaltige Orientierung für eine langfristige Arbeit zur Änderung des politischen und sozialen Kräfteverhältnisses. Von dort kommen Anstöße, die von anderen umgesetzt werden sollen. Von dort kommen verschiedene Vorstellungen, aber kein kohärentes Programm.

Die bewußte »Machtlosigkeit«, bzw. die Distanz der Globalisierungskritiker zur politischen Macht, schränkt ihre Attraktivität für die Gewerkschaften einerseits ein: Als parlamentarischer Partner und damit als Ersatz für die SPD taugen sie nicht. Andererseits ermöglicht die Zurückhaltung eine konfliktfreiere Kooperation. Diese Beziehungen werden auch von kulturellen Gemeinsamkeiten getragen, die zuweilen größer sind als die zwischen den Gewerkschaftsfunktionären und »ihren« Mitgliedern. Das hat auch Vorteile: In Anbetracht weitläufigen Zerfalls gewerkschaftlicher Strukturen und um sich greifender Resignation oder offenem Zynismus ist diese Form von symbolischem Aktionismus allemal vorzuziehen. So stabilisieren sich Globalisierungskritiker und aktive Funktionäre aus den Gewerkschaften gegenseitig. Der Druck auf die Lebenslage der Gewerkschaftsmitglieder wird so aber nicht vermindert. Kein Wunder, daß es bis jetzt unter dem Einfluß der Globalisierungskritik nicht zu einer Aktivierung der gewerkschaftlichen Basis gekommen ist. Das ist auch nicht zu erwarten, da diese Bewegung nicht auf eine Selbstorganisation der arbeitenden Klassen, sondern auf den Kampf der Ideen in der Zivilgesellschaft setzt.

Allerdings ist nicht ganz klar, warum die Initiatoren nur mit einem Wählerpotential von bis zu 20 Prozent rechnen, während sie doch im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung handeln wollen. Ist diese Mehrheit nur zu unaufgeklärt, um ihre wahren Interessen zu erkennen? Mit Schulungsarbeit allein wird dem nicht beizukommen sein. Tatsächliche Aufklärung müßte kausale Zusammenhänge deutlich machen und einen Zugang zum Verständnis der Produktion und Verteilung bieten. Ohne Wissen über die ökonomischen Zusammenhänge und damit die möglichen Folgen eigener Interventionen bleibt jede Liste klarer Forderungen, deren Berechtigung viele einsehen könnten, wirkungslos. Ob die Ablehnung des ALG II, die Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn, Verteidigung der Arbeitszeit, von Renten- und Krankenversicherung – immer geht es um die Frage, ob solche Forderungen mobilisierungsfähig sind. Oder ob wieder das private Hemd näher ist als der gesellschaftspolitische Rock. Die Furcht vor der Macht der Unternehmer – Stichwort Produktionsverlagerungen – und die Zweifel an der eigenen Kraft sind in den letzten 15 Jahren gewachsen. Es gibt zur Zeit – und

schon seit langem – keine breite soziale Bewegung. Es fehlt an praktizierter Solidarität nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der verschiedenen Gruppen der direkt Betroffenen.

### **Zur Tarifpolitik schweigen?**

Nun soll ja am Anfang nicht »das Trennende« in den Vordergrund gestellt werden. Aber über gewisse Unterschiede wird man schon reden müssen. Konkret stehen zwei Problemkreise an: Soll die Wahlalternative zum Gralshüter über die schönen Inhalte der gewerkschaftlichen Sonntagsreden werden und gleichzeitig zum tarifpolitischen Alltag schweigen? Oder ist auch eine Kritik an der politischen Zurückhaltung der Gewerkschaften beabsichtigt? Spätestens in diesem Moment würde die schöne Seifenblase platzen, daß man nur die gegebenen sozialen Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung vertritt. In der Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Politik wird man sich weder auf Selbstverständlichkeiten noch auf Mehrheiten berufen können. Die bloße Aufforderung zum Mitmachen ist hilflos, solange nicht klar wird, welche Perspektive dieses Mitmachen hat. Um so weniger, als die aktuelle Schwäche der Gewerkschaften ihren Nutzen für die Organisierten wie die Unorganisierten, für die Erwerbstätigen wie die Erwerbslosen in Frage stellt. Die Wende von der Arbeitszeitverkürzung zur Arbeitszeitverlängerung läßt sich nur aufhalten, wenn der politische Kampf in dieser Frage wieder aufgenommen wird. Nicht dadurch, daß man die Frage an die Gewerkschaften wegdelegiert. In den Gewerkschaften wiederum, wenn nötig auch neben ihnen, sind neue Formen solidarischen Verhaltens zu entwickeln, die über die Branchenbeschränkung und Verrechtlichung der Tarifverträge hinausgehen.

### **Verhältnis zum Osten und zur PDS**

Der zweite Problemkreis ist Neufünfland. Im Osten existiert bereits eine Formation, die PDS, die sich als links bezeichnet, alle entsprechenden Kriterien zu erfüllen vorgibt und sich bisher keiner relevanten Konkurrenz stellen mußte. (Wie sehr Anspruch und Wirklichkeit hier auseinanderklaffen, muß an dieser Stelle nicht noch einmal vorgestellt werden.) Die Wahlalternative ihrerseits ist westlastig. Hinter dieser regionalen Beschränkung steckt ein politisches Problem. Es hat nämlich in den fünf neuen Ländern in den letzten 14 Jahren keine Entwicklung einer selbständigen politischen Vertretung der abhängig Beschäftigten gegeben. Die PDS konnte und wollte das nicht sein. Die Gewerkschaften vermochten, mit ihrem tarifpolitischen Instrumentarium keinen Blumentopf zu gewinnen. Die Abhängigkeit der Ostprovinzen von den Transfereinkommen aus dem Westen setzt zudem allem Protest eine sehr pragmatische Grenze, auch den Montagsdemonstrationen.

Die Umfragen im Osten weisen aus, daß eine Mehrheit den Sozialismus immer noch für eine »gute Idee« hält, die nur nicht funktionieren kann. Mit dem Versprechen: »Wir sind gar keine Linkssozialisten!« ist diese Klippe noch nicht umschifft. Für einen linken Neuanfang braucht es Antworten, die über eine Kritik am Kapitalismus hinaus eine Stellungnahme zum »realen Sozialismus« der DDR einschließen. Wer hier keine Antworten geben kann oder will, ist dazu verdammt, im Osten die PDS zu beerben oder mit ihr Kompromisse zu schließen. Man muß kein Prophet sein, um vorherzusagen: Beides wird schiefgehen. Zumindest in Berlin, wo alle Fragen zusammen auf der Tagesordnung stehen, kann man diesem Problem nicht ausweichen.

Solidarische Kooperation schließt die Verständigung über gemeinsame Ziele ein und ergibt sich nicht einfach aus vorhandenen »Interessenlagen«. Je besser solche Ziele in

der Selbsterkenntnis der Beteiligten begründet sind, um so größer ist die Chance, sie zu erreichen. Das Wissen um Unterschiede und Gegensätze zwischen den einzelnen, zwischen verschiedenen Gruppen der abhängig Beschäftigten steht der gemeinsamen politischen Arbeit nicht entgegen. Es ist vielmehr Voraussetzung für einen ehrlichen und nachhaltigen Umgang miteinander. Die Aufgabe von Marxisten wäre es hier, in den Auseinandersetzungen als kritisches Element zu wirken, damit ein solidarischer Widerstand gegen das Kapital wieder eine soziale Basis gewinnt. Die Vorstellung einer automatischen, objektiven Vereinheitlichung der Interessen der Arbeiterklasse hat sich dagegen so regelmäßig historisch blamiert, daß es Zeit ist, sie zu verabschieden.

### ***Diktatur der Aktivisten?***

Gerade deshalb ist das Organisationsmodell der Wahlalternative gründlich verfehlt. Befangen in der Angst vor einer Majorisierung durch streitende organisierte Minderheiten, wollen die Initiatoren mit einem Top-down-Modell möglichst viel in der Hand behalten. Sie reproduzieren damit genau die Strukturen einer »Basisdemokratie« genannten Diktatur der Aktivisten, die nur solchen Leuten zugänglich ist, die reichlich Zeit und Bildungsressourcen mitbringen. Innerhalb der sozialen Bewegung werden so Unterschiede reproduziert, die gleichzeitig in der Gesellschaft als unsozial angeprangert werden. Denn die Potentiale, welche die einzelnen mitbringen: Breite und Systematik ihrer Ausbildung, die Möglichkeit, über die eigene Zeit zu disponieren, Gewöhnung an öffentliches Auftreten, sind systematisch ungleich verteilt. Ihre Verteilung ist ein Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihrer Hierarchien. »Das politische Problem besteht darin, zu erkennen, wie man die Instrumente beherrschen kann, die man zur Beherrschung der Anarchie individueller Strategien und zur Herstellung einer konzertierten Aktion verwenden muß. Wie kann die Gruppe die von einem Sprecher ausgedrückte Meinung kontrollieren, der in ihrem Namen und zu ihren Gunsten, aber auch an ihrer Stelle spricht?« (Pierre Bourdieu)

Die traditionell reformistische Antwort auf diese Frage bestand in einem Rückzug auf die politische Form: Demokratie im Verband wie in der Gesellschaft könnten allein garantieren, daß die Interessen der Repräsentierten nicht unter den Tisch fallen. Die traditionell kommunistische Antwort bestand in einem Vorgriff auf den politischen Inhalt: Nur die Lösung der Eigentumsfrage garantiere die wirkliche Freiheit und Gleichheit. Die erste Antwort unterschätzt bis heute den großen Aufwand, den es für eine freie Willensbildung zu treiben gilt: Zeit, Freiräume im nicht nur übertragenen Sinne, kurz: die Relevanz der Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen, die Eigentumsfrage. Die zweite Antwort will vom Problem gar nichts wissen, da ohnehin im »objektiv gegebenen Ziel« der eigenen politischen Arbeit, im Sozialismus, der Widerspruch aufgehoben worden sein soll. Wie wir wissen, war es nicht an dem. Also braucht es andere Antworten, für die weniger aus der Theorie, wohl aber aus der Praxis der Arbeiterbewegung viel zu lernen ist. Übergangsforderungen sind keine trickreichen Losungen, wo vorn »Reform« draufsteht und hinten »Revolution« versteckt ist. Übergänge finden da statt, wo Leute über den Tellerrand des privaten Interesses hinaussehen, solidarisch ihr gemeinsames Handeln gestalten lernen und sich die dazu nötigen Mittel beschaffen. Dafür müssen sie sich organisieren. Sonst können sie ihre Freizeit auch für andere Dinge verwenden.

Der reformistische Gestus der Bescheidenheit der Wahlalternative täuscht. Mit ihrem Auftreten haben sie die Latte für alle höher gelegt, die in welcher Form auch immer für eine solidarische Gesellschaft eintreten. Ihr Scheitern hätte auch für diejenigen



Folgen, die sich nicht an diesem Versuch beteiligen wollen. Realistisch aber ist nicht, was im Rahmen der Verhältnisse möglich scheint. Es ist nicht unreal, eine selbstverwaltete Republik zu wollen und die dazu gehörige Grundlage einer freien Planwirtschaft zum Ziel seines politischen Handelns zu machen. Unreal ist es vielmehr, es sich als kleiner Mann oder Frau in den Nischen des globalisierten Kapitalismus gemütlich einrichten zu können.

***Wo bleibt das Positive?***

Die Linke hat das Kräfteverhältnis nur verschieden interpretiert. Es kommt drauf an, es zu verändern.

-

Erstveröffentlichung: junge Welt, 28.+30. August 2004